

# Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Bezugspreis: Bierteljahr 1 M., 50 Pf. (ohne Beilage).  
Aufwerbung: Böllnitzstr. 12, Belitungskreis. Einzelnummer 10 Pf.  
Redaktion: Böllnitzstr. 11—1 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden bis 6 Tagesabstand über deren Raum zu  
15 Pf. berechnet, bei Werbung über bestehender Rabatt.  
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,  
Böllnitzstr. Straße 43. — Zeitpreis: Einl. 1 M. 1904.

## Werden die Katholiken bevorzugt?

Im Kap. 97 des Staatshaushaltsetats auf die Finanzperiode 1904/05 „Kath. Kirchen und Wohltätigkeits-Anstalten“ sind im Tit. 9 zur baulichen Unterhaltung der kath. Kirche zu Dresden und Hubertusburg, zur Instandhaltung der Wohnungen der Geistlichen z. 43 000 M. pro Jahr, darunter 33 000 M. transitorisch eingestellt. Von diesem eingesetzten Transitorium sind auf Antrag der Finanzdeputation 15 000 M. in Abstrich gebracht worden. Bei der Landtagsverhandlung über obiges Kapitel in der 2. Kammer wurde seitens des Abg. Günther-Blauen die Verpflichtung des Staates zur baul. Unterhaltung der Kirche in Zweifel gezogen. Gewiss würde an sich die baul. Unterhaltung der kath. Kirche den Katholiken mit zur Last fallen, sie sind aber nicht Eigentümer, sondern nur Nutznießer derselben. Die Verpflichtung des Staates hierzu beruht aber darauf, daß der Staat bei Einführung der Verfassung und Trennung des Königreiches vom Staatsgut das Eigentumsrecht in Anspruch nahm, weil — wie allgemein angenommen wird — die Kirche aus Staatsmitteln erbaut ist. Wir wollen daher feststellen, wie weit letzterer der Fall ist. Wir wollen hente nur einmal untersuchen, ob trotz dieser Übernahme der Baukosten auf die Staatskasse den Katholiken im Vergleich zu den Zuwendungen aus der Staatskasse für die evangelisch-lutherischen Kirchen verhältnismäßig mehr zugewendet wird. Im Staatshaushaltsetat für 1904/05 sind eingestellt: Kap. 97. Katholische Kirchen und wohltätige Anstalten. Ausgaben:

1. Bausubvention zur Unterhaltung katholischer Kirchgemeinden in den Erblanden, darunter 5000 M. transitorisch, 35 000 M. 2. Beiträge zur Befördung der katholischen Geistlichen zu Neukirchendorf und Schleißigwalde 810 M. 3. Entschädigung für Geistliche usw. für wegfallende Stolzgebühren (Weley vom 22. Mai 1876) 5945 M. 4. Beihilfe dem württembergischen Seminar zu Stuttgart 1200 M. 5. Stipendien für Studierende der Theologie und bei der Vorbereitung auf dieses Studium 3000 M. 6. Stiftungsgemäße Leistungen für das katholische Waisenhaus zu Dresden 3000 M. 7. Stiftungsgemäße Leistungen für das katholische Kronenhaus zu Dresden 3540 M. 8. Zusagegelder und Kleiderlotsen an katholische Geistliche bei Besuch unvermeidlicher Kranken und anderen amtlichen Reisen 1550 M. 9. Bauliche Unterhaltung der katholischen Kirche, der den Geistlichen und Kirchendienern in Dresden zu Wohnungen überlassenen Gebäude, der Wohnungen des Geistlichen und Lehrers zu Hubertusburg und der katholischen Kirche dafelbst (nach Abstrich von 15 000 M.) 28 000 M. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar: 10. Unterhaltung für dienstunfähig gewordene katholische Geistliche in der Oberlausitz, Beiträge zu solchen und zur Pensionskasse für katholische Geistliche in der Oberlausitz 3000 M. Summe des Guthusses bei Kap. 97 85 945 M.

Die Positionen 3, 6, 7 an zusammen 12 485 M. beruhen auf rechtlicher Verpflichtung des Staates, so daß der eigentliche Staatszuschuß nur 73 460 M. beträgt, wovon auf die Erblande 69 650 M. auf die Oberlausitz 3810 M. entfallen. In Kap. 93 sind eingestellt als Ausgaben für evangelische Kirchen: Inspektion der Kirchen.

3. Superintendenten: 27 Stellen durchschnittlich 2000 M. 34 000 M. 4. Stellvertretung der Superintendenten, einschließlich ländlicher Ausgaben 3000 M. 5. Dienstaufwand der Superintendenten, darunter 2000 M. transitorisch, 39 825 M. 6. Entschädigung für Transfereverbefreiung der Geistlichen 25 920 M. 7. Beihilfen zu Baulichkeiten an Kirchen- und Pfarrgebäuden 85 000 M. 8. Verschiedene kirchliche Zwecke, einschließlich Kandidatenvereine und Unterstützungen zur Ausbringung des Aufwandes für Hilfsgefechte 33 000 M. 9. Zulagen an Geistliche und geistliche Stellen 42 000 M. 10. Entschädigung an Geistliche und Kirchendienner für wegfallene Alzi-

denzen (Gesetz vom 22. Mai 1876) 619 500 M. 11. Portoäquivalent dem Missionvereine zu Dresden 150 M. 12. Zuschuß zu den Ablösungsrenten für geistliche Getreidezehnten 1956 M. 13. Entschädigung an Geistliche, Lehrer und Kirchendienner für Verluste an Ablösungsrenten durch Annahme von Landrentenbriefen, transitorisch 15 000 M. 14. Pensionen und Unterstützungen an Geistliche 720 000 M. 15. Pensionen und Unterstützungen an Hinterlassene von Geistlichen 525 000 M. 16. Beihilfen an bedürftige Kirchengemeinden zur Gewährleistung des Stelleninkommens der Geistlichen und Kirchendienner 10 000 M. Summe 2 557 367 M., wovon an eigenen Einnahmen abgehen 106 500 M. sodas verbleiben 2 450 867 M.

Rechnet man hieron die Positionen 6, 10, 12, 13 mit einem Betrag von zusammen 662 882 M. ab, so verbleibt ein wirklicher Staatszuschuß von 1 787 975 M. Da nun nach der Volkszählung vom Jahre 1900 die Zahl der Protestanten 3 954 132, die der Katholiken 197 003 (hieron in den Erblanden 155 485, in der Oberlausitz 41 520) betrug, so ergibt sich, daß nach Verhältnis des Bevölkerungsanteils die Katholiken insgesamt einen Staatszuschuß von rund 88 000 M., die der Erblande einen solchen von rund 69 000 M. zu erhalten haben würden. Hieraus folgt, daß die Katholiken insgesamt circa 15 000 Mark zu wenig erhalten, während die der Erblande umgekehrt den ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden Betrag bekommen. Dieses aber auch nur deshalb, weil diesmal eben ein bedeutender Betrag (18 000 M.) für Bauaufwendungen an der katholischen Kirche postuliert ist. Wäre letzteres nicht der Fall, so würden die erbländischen Kirchen allein 18 000 M. zu wenig erhalten. Es ist also kein Grund vorhanden, wegen Übernahme der Unterhaltungsosten für die katholische Kirche auf die Staatskasse von Bevorzugung der Katholiken zu reden. Die leichteren tragen ebenfalls zu den Staatssteuern bei und haben daher einen billigen Anspruch auf gleiche Behandlung wie die ev.-luth. Glaubensgenossen. Weit mehr haben die Katholiken Grund, sich beschwert zu fühlen. Noch jetzt müssen sie vor ihrem Grundbesitz zu den ev.-luth. Kirchen- und Schulosten beitragen und die an Kirche und Schule auch von katholischen Erwerbern zu zahlenden Besitzveränderungsabgaben fließen ebenso wie die von den Altengesellschaften und sonstigen juristischen Personen zu entrichtenden Kirchen- und Schulosten fast durchweg in die ev.-luth. Kirchen- und Schulosten. Man hat aber noch nie gehört, daß von anderer Seite diese doch ganz ungerechtfertigte und aller wahren Gerechtigkeit widersprechende Bestimmung zu einem Antrage auf Abänderung der veralteten Gesetze geführt hätte. Im Gegenteil, man scheut sich auch heute noch nicht, das Geld der Katholiken für ev.-luth. Zwecke anzunehmen und hat sich sogar nicht geschämt, gegen eine Änderung hierin Widerstand zu erheben! Wir hoffen aber zuversichtlich, daß die gegenwärtige Ständeversammlung die ihr vorliegende Petition auf Abänderung des Parochiallastengesetzes vom Jahre 1888 und der damit zusammenhängenden Bestimmungen nicht länger unberücksichtigt lassen wird.

## Niederschlag.

6. Berlin. 29. Sitzung am 10. Februar 1904.

Präsident Graf Ballhausen eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min. Die Gesamtberatung wird beim Kapitel Reichsge sundheitsamt fortgesetzt.

Gouverneur (Nat.). Das Niederschlag muss einheitlich in ganz Deutschland zur Ausführung kommen. Der Weinhandel der Winzervereine sollte ausgeschaltet werden.

## Zum 100. Todestag Immanuel Kants.

Immanuel Kant wurde am 22. April 1824 zu Königsberg (Preußen) geboren, lehrte nur dort, wie er überhaupt nie aus seiner Provinz hinausgekommen ist. Er ist unverheiratet geblieben und starb in seiner Geburtsstadt am 12. Februar 1904. Von seinen Schriften, die in zwölf Bänden herausgekommen sind, besonders zu nennen: Kritik der reinen Vernunft, Kritik der praktischen Vernunft, Kritik der Urteilstafel.

Kant war einstweilig einer der schärffsten Denker und der größte Philosoph seiner Zeit. Er ist der Schöpfer der Kritischen Philosophie, welche darin, daß die Erfahrung von Verstandsbegriffen bedingt sei und untersucht, wie synthetische Urteile a priori (durch den Geistes alleinige Tätigkeit) möglich seien. Seine Philosophie ist jedoch keine christliche und nur zu sehr geeignet, dem Nationalismus den Weg zu ebnen. Die Voraussetzungsflosigkeit aller Wissenschaft ist sein Ideal. Und doch ist diese „absolute Voraussetzungsflosigkeit“ aller Wissenschaft à la Kant nicht nur unvernünftig, sondern sie läßt auch naturgemäß zu keiner Wahrheit gelangen.

Was der „modernen“ Welt von Kant am meisten gefällt, ist seine autonome Moral. Obwohl dieselbe nichts als Phrasie ist und nur die Immoralität verdeutlicht, hat sie ungezählte Anhänger in den verschiedensten Richtungen. Der Protestantismus ehrt Kant als den Philosophen des Protestantismus (so nennt ihn Prof. Paulsen). Der Liberalismus lobt ihn, denn Kant lehrt die freie Moral. Der Sozialismus bewundert ihn, denn Kant liefert ihm in seiner Autonomie der Vernunft eine ganz vorsätzliche Waffe. Und selbst der Anarchismus braucht sich seiner nicht zu schämen, denn er war seinen Lehren nach nichts weniger als ein Revolutionär. Mit der französischen Revolution von 1789 sympathisierte er und tat die Anerkennung, daß alle Kreuel, die jetzt in Frankreich geschehen, unbedeutend seien gegen das fortwährende Uebel der Despotie, das vorher in Frankreich bestanden und daß höchst wahrscheinlich die

Katholiken in allem, was sie gegenwärtig taten, nicht hätten. (Bei Hettner, Geschichte der deutschen Lit. 2. Seite 41).

Autonom heißt nämlich, sich selbst Gesetze geben. Nach Kant ist die menschliche Vernunft nicht abhängig von Gott oder von einer anderen Autorität; sie gibt sich selbst ihr Sittengesetz — ein Gesetz, das Gott dem Menschen auflegt hätte, wäre des Menschen unwürdig. Der Mensch kommt nicht mehr mit sich selbst in Widerspruch, er hat kein Sittengesetz und erkennt keinen Herrn und Gott mehr über sich an. Der Mensch ist keine Sklavenseele, die aus Furcht vor einem Gott und seiner Hölle oder aus Hoffnung auf einen himmlischen Lohn tugendhaft ist. Eine schöne Moral, nach der sich leben läßt! — Diese Autonomie der Vernunft schmeichelte außerordentlich dem sinnlichen Menschen, daher die Zahl ihrer begeisterten Anhänger, von denen Plus man jedoch behaupten kann, daß sie Kant weder gelesen, noch viel weniger, daß sie ihn seiner schwerverständlichen Sprache halber verstanden haben. Doch mit dieser Moral ohne Gott und Hölle läßt sich leben, das ist die Haupttheorie, deshalb „Hoch Kant!“

Von solcher Moral möchten wir unsere Katholiken bewahrt wissen. Wer uns deshalb als „Finsternlinge“, als „Feinde der Wissenschaft“ bezeichnet, kennzeichnet dadurch seine eigene niedrige Gesinnung. A. V.

## Förderung der katholischen Presse

bedeutet zugleich die Förderung des christlichen Volkes in religiöser, sittlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Den Beweis hierfür liefern die schlimmen Folgen der Lektüre der schlechten, katholikfeindlichen Presse; Ausbeutung, Betrügerei, Irreführung, Entchristlichung und Entstötigung sind in Gegenwart, in welchen die schlechte Presse verschiedener Richtungen ausdrücklich herrscht, geradezu handgreiflich. Darum hinaus mit katholikfeindlichen Zeitungen, hinein in jedes Haus mit christlichen, guten Blättern! Es ist gewiß auch heuer wieder ein erfreulicher

Der Präsident des Reichsge sundheitsamtes erklärt, er ist ungern, daß den Winzervereinen der Weinhandel untersagt werden soll.

Bärmel (Nat.) forderte schärfere Maßnahmen gegen den Kunsthong im Interesse des Weinbauers.

Freiherr von Pfetten (Bz.). Das Fleischbeschau Gesetz hat nicht in erster Linie agrarische Interessen verfolgt; wenn es diesen nicht, so ist es nur berechtigt, die Förderung und Erhaltung unserer einheimischen Landwirtschaft ist von hervorragender Wirkung. (Sehr richtig.) Von dem agrarischen Erfolg kann man nicht reden; die süddeutsche Landwirtschaft hat mehr Scherereien erhalten. Das ausländische Fleisch war früher besser gestellt als das inländische; das ist nun anders. Die sanitären Gesichtspunkte sind beim Zentrum ausgeschlagen gewesen. Die Gebühren für die Beschau sind sehr hoch. Die Bestimmungen über die Ausbildung der Beobachter belasten die Gemeinden in weitgehender Weise; für arme Gemeinden ist das doppelt drückend. Hier muß Wandel geschaffen werden. Von den Beteiligten sind keine Weisungen zu erheben, die Landesregierungen müssen diese übernehmen. Der Tierarzt ist oft schwer zu erreichen; bei Notfälle machen macht sich dies besonders hart fühlbar; bis der Tierarzt in die verzauberten Gegenden kommt, ist das Fleisch ungünstig. Die Beobachter sind die Haushaltungen mit ungünstig und unmöglich; die Dienstboten bilden die beste Kontrolle. Deutschland ist in der Lage, seinen Fleischbedarf selbst zu erzeugen.

Schedemann (Bz.) steht gegen die verschiedenen Angriffe zu wehren. Nach einer Bemerkung von Göthein (fr. Ber.) führt Hermes (fr. Bz.) die Malariaelämpfung aus.

Dr. Leonhard (Bz. Ber.) wünscht Abänderung der Tierprüfung, ordnung für die Lebendgangzeit durch Wegfall des praktischen Jahres. Die Feuerbestattung soll allgemein gestattet werden. Der Reiche kann sich verbrennen lassen, der Unbenötigte kann sich nur begraben lassen. (Heiterkeit.)

Nach einer Bemerkung des Abg. Horn Sachsen über die Beschäftigung der Kinder in der Glasindustrie betont Graf Bojadowski, daß die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen Maud und Kleinmeute gut verändert haben. Man ist noch nicht weit genug, um heute schon eine Änderung im Fleischbeschau Gesetz einzutreten lassen zu können. Es würde auf großen Widerstand stoßen, wenn man die Feuerbestattung allgemein zulassen wollte. Die Auswendung für die Leichen würde auch zu groß sein.

Dr. Lucas (Nat.) spricht sich gegen die Beschau bei Hausschlachtungen aus.

Schweidhardt (Bz.) befürchtet den Handel mit Essigsaure, den er beiderhanden wissen will.

Dr. Wolff (Bz. Ber.) findet es ausschließend, daß der Vorredner vom Fleischbeschau Gesetz nicht gesprochen hat, während sie bei den Wahlen dieses Gesetzes gegen die Agrarier ausgenutzt haben. Die Gebühren der Fleischbeschau sind auf den Staat zu übernehmen. Von einer Fleischkarte kann man nicht sprechen; der Stuttgarter Stadtrat sprach von einem Mangel an Schlachthaus, während auf dem dortigen Schlachthaus importantes Vieh stand. Dann polemisiert Redner gegen Schedemann.

Hus (Ed.) kritisiert die mangelhafte Bekämpfung des Typhus in Hessenkreis.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Hamm, Singer, Wallau, Reh und Gothein wird das Kapitel Reichsge sundheitsamt genehmigt.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Fortsetzung.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

In der katholischen Garnisonskirche zu Berlin fand am 10. d. M. die bischöfliche Konsekration des Feldpropstes der preußischen Armee, Vollmar, statt. Die Konsekration vollzog Kardinal Stapp, assistiert von den Bischofen von Paderborn und Fulda, Dr. Schneider, Dr. Rosentreter und der Militärgeistlichkeit. Nach der von Stapp und Vollmar gemeinsam gezelebrierten Messe und Teedeum erteilte Vollmar zum erstenmale den bischöflichen Segen. Die Feier schloß

Fortschritt in der Verbreitung der katholischen Presse in vielen Orten zu verzeichnen. Doch wie viel können unsere Gesinnungsgenossen noch von unseren Gegnern hinsichtlich der Verbreitung der Presse lernen! Die kath. „Stett. Ztg.“ schreibt unter dem Stichwort: „42 500 Exemplare“: „Der sozialdemokratische Genosse David erklärt auf dem 12. Landesparteitag zu Steyer, daß die Auflage der „Volksstimme“ von 26 100 im Jahre 1902 auf 42 500 im Jahre 1903 gestiegen sei.“

Wie müssen sich Katholiken beklagen, wenn sie diese Nachricht lesen! Um 16 000 Exemplare stieg in einem Jahre die Auflage eines sozialdemokratischen Organes. So viele Opfer bringen arme sozialistische Arbeiter für ihre Presse, so viel Verständnis besitzen sie für die wachsende Verbreitung ihrer Zeitungen!

Und die Katholiken? So läßig und so laut stehen sie häufig der ungeheuren geschlossenen Werbearbeit der roten Volks- und Ordnungsfeinde gegenüber.

Wann werden die Katholiken endlich einsehen, daß man die katholischen Blätter im Interesse der Religion, des Vaterlandes und des Volkes noch ganz anders unterstützen müsse als bisher? Wann werden sich Verständnis, Eiser und ähnliche Opferwilligkeit bei den Katholiken finden, wie wir sie rüchtmäßig an unseren Gegnern bewundern?

Katholiken, auf für Euch Presse! Unserlichkeit, leset, verbreitet, empfehlet überall die „Sächs. Volkszg.“ Sie für Euch, Ihr für sie! Neue Versteller werben, Inserate einreihen, rasch, kurz, interessant und beständig, sei es auch nur durch Postkarten, über lokale Begebenheiten und Mittelpunktwertes an unser Blatt freundlich berichten und dadurch das Interesse für dasselbe und damit die stetig wachsende Verbreitung fördern. Es ist dies eine Sache, die die Öffentlichkeit angeht und der selben in religiöser, wirtschaftlicher und nationalpolitischer Hinsicht nützt. Man erwarte nicht erst ein neues Jahr, nicht einmal das nächste Quartal, sondern nüsse eine passende Gelegenheit zur wickeligen Empfehlung aus, wo und wann sie sich findet.

mit einer Ansprache Vollmars und dem Segen Stoffs. — Von höheren Militärs waren anwesend der Kommandeur des 2. Garderegiments, Erbprinz von Hohenzollern, Generaloberst v. Hahnke, die kommandierenden Generäle des Gardekorps und des 3. Armeekorps, v. Kessel und v. Bülow, der Kommandant von Berlin, Generalleutnant v. Höpfler, General v. Holbach, Inspekteur der technischen Truppen, Konteradmiral v. Blücher u. a. m.

Der national-liberale Reichstagabgeordnete Dr. Jäuse, dessen Mandat von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden ist, hat daraufhin dieses freiwillig niedergelegt; er scheint somit selbst befürchtet zu haben, daß seine Wahl kassiert wird.

Professor Delbrück, der in seinem „Preußischen Jahrbüchern“ in einem Artikel „Der Fall Löning“ behauptet hatte, daß von den „Oskaristen“ ein Spionage- und Denunziationssystem großgezogen sei, und der deshalb wegen Bekämpfung der Führer des deutschen östlichen Vereins vom Berliner Schöffengericht und von der Strafanwaltschaft des Landgerichts mit 300 Mark Geldstrafe bestraft worden war, ist am Dienstag, nachdem das Kammergericht das Urteil aufgehoben hatte, von der Strafanwaltschaft freigesprochen worden.

In der Budgetkommission des Reichstags teilte der württembergische Deputierte zum Bundesrat mit, daß Maßnahmen und schon in diesem Jahre die Reserveoffizierssparten erst in den Herbst einberufen werden. Müller-Gulda (Bzr.) rügte dann, daß bei den Ausserneubauten unter „Zubehör“ sehr oft Offizierskasinos verstanden werden.

Die Mächte Deutschland und Österreich werden natürlich die stärkste Neutralität einhalten im ostasiatischen Krieg und alles tun, um einen europäischen Konflikt hinzuzuhalten und den Frieden wieder herzustellen. China hat sich zur strengsten Neutralität verpflichtet. Auch Korea ist, laut Versicherung seines Pariser Gesandten, gesonnen, unter allen Umständen Neutralität zu beobachten. Auf die Frage, ob Korea nicht genötigt sein werde, von diesen Standpunkten abzugehen, falls die Habsburg die Schanplatz von militärischen Operationen würde, erwiderte der Gesandte: „Nicht Korea, sondern die Mandchurie und nur die Mandchurie bildet den Wegenstand des gegenwärtigen Konflikts. Die Japaner fühlen sich bedroht. Die Verteilung und Bekämpfung von Port Arthur ist schon vor längerer Zeit erfolgt, die Japaner erblicken aber darin eine Gefahr für sich erst dann, als Russland sich in der Mandchurie dem Hinterlande der großen Festung beschäftigen beginnt. Japans militärische Operationen werden sich falls es zum Kriege kommt, auf die Verdeckung Russlands aus der Mandchurie erstrecken. Die Mandchurie und nicht Korea wird den Kriegsschauplatz bilden.“ Frankreich wird nur eingreifen, wenn England den Japanern helfen sollte. Ein französischer Diplomat erklärte, Frankreich werde nur eingreifen, wenn eine europäische Macht zugunsten Japans die Neutralität verleihe. Die Hauptgefahr für den europäischen Frieden droht von Seite Englands, das sich ansässt, das Auslaufen der russischen Flotte durch die Dardanellen zu verhindern.

Die Börse ist eine Rüstungsanstalt im Wirtschaftsleben des Volkes, das haben die letzten beiden Tage wieder bewiesen. Eine ganz unmotivierte Haussbewegung hatte seit Wochen eingestellt. Da plötzlich kam der Krieg zwischen Russland und Japan. Die Börsenmänner hielten den Grundzusatz fest, jede Verantwortung zu benutzen, um Kurioschwankungen hervorzurufen. Das vermuteten sie bei Bekanntgabe des Krieges. Ebenso stimlos wie die Spekulation erst alle Papiere fast unverschämt in die Höhe getrieben hatte, war sie jetzt nur noch bestrebt, sich um jeden Preis ihres Effektenbestandes zu entledigen. Daraus erklären sich die ungeheuren Kuriosevinde der letzten beiden Börsentage, welche der Privatinvestor mit seinem Vermögen und oft mit seiner Existenz bezahlen muß. Die Börsenblätter machen sofort das Börsegesetz hierfür verantwortlich. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt, daß die letzten Rückgänge mit Recht wieder zum Teil als eine Wirkung der Desorganisation der Börse durch das Börsegesetz angesehen werden müsse, erklärt aber andererseits ganz verständig die Verbände für „überstürzt“ und möglicherweise für Besonntheit. Das ist aber gerade der Kern der Sache, daß derartig überstürzte kostspielige Verkäufe durch keine Reform des Börsegesetzes verhindert oder in ihrer Wirkung gemildert werden könnten. Wenn schließlich die „Berliner Börsen Zeitung“ die Urfrage dieses Kuriosums darin erläutert, daß infolge der Bestimmungen des Börsegesetzes die ansteigende Bedeutung der Kontinentale geblieben sei, so hält auch diese Behauptung bei näherer Prüfung nicht stand. Selbst der „Berliner Börsen-Kurier“ erklärt, daß seit Monaten nur eine einzige Hauss-Spekulation in großem Umfang betrieben worden ist. Welche Kontinentale hätte wohl einer so starken Strömung, an der alle großen Institute aus den oben erörterten Gründen Interesse hatten, auf die Dauer widerstehen können? Die Kontinentale hat deshalb tatsächlich auch da seinelei Bedeutung gehabt, wo sie hätte eingreifen können, nämlich im Ultimoverfahrt; und die Rückgänge an den beiden letzten Börsentagen treffen, wie ein Blick auf den Börsenzettel zeigt, die Werte des Kassenmarktes, teineswegs empfindlicher als die im Ultimoverfahrt gehandelt. Nicht das Börsegesetz ist also für den Kursturz verantwortlich zu machen, sondern die Börse selbst, die ebenso stimlos war im Haussraum wie in der Furt — vor dem Pulver, das sie nun einmal nicht ziehen kann.

Der Zusammenschluß der Juden Deutschlands ist nun beschlossene Sache; am 24. April findet in Berlin die erste Versammlung des Verbandes statt. Die Vereinigung sieht sich zur Aufgabe, die Interessen der Juden auf allen Gebieten wahrzunehmen. Bis jetzt haben sich nur die gläubigen Juden bereit erklärt, hier mit zu tun.

Der Abg. Adolf Grüber, Mitglied des Deutschen Reichstags und der Abgeordnetenkammer des württembergischen Landtags, vollendet am 11. d. R. sein fünfzigstes Lebensjahr. Das Zentrum sieht in ihm einen seiner größten Männer und seinen besten parlamentarischen Führer. Gehört doch der Abg. Grüber nicht allein seinem schwäbischen Heimatlande an, sondern im ganzen katholischen Deutschland hat sein Name einen vollen, guten Heimatlang, und uns allen gehört sein unermüdliches Wirken in der katholischen

Bewegung wie in seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag. Vor nunmehr 17 Jahren wurde der Abg. Grüber bei den Septemberwahlen von 1887 zum ersten Male in den Reichstag gewählt. Er war damals Staatsanwalt in Ravensburg, konnte aber vom württembergischen Justizministerium nicht einmal Urlaub erhalten, um sich seinen Wählern vorzustellen, und wurde wider seinen Willen als Landrichter nach Heilbronn versetzt, wo er inzwischen zum Landgerichtsrat „avanciert“ ist! Aber diese Wahlregelung hat ihn in Württemberg bei allen Katholiken um so populär gemacht, und seitdem er im Jahre 1889 auch in die württembergische Abgeordnetenkammer gewählt wurde, ist er der auerkannte Führer der von ihm ins Leben gerufenen württembergischen Zentrumspartei geworden. Unter seiner Oberleitung hat auch der Volksverein für das katholische Deutschland im Königreich Württemberg die größte Breitung gefunden und die stärkste Tätigkeit entfaltet. Die parlamentarischen Verdienste Grubers im württembergischen Landtag und im Deutschen Reichstag sind sehr große und sicherlich ihm eine hervorragende Stelle in der lieben Bürgerlichkeit.

Das preußische Abgeordnetenhaus segte die Staatsberatung fort. Ein Antrag der Konservativen auf Bestraftung des Kontraktbruches wurde angenommen, nachdem der Minister zugesagt hatte, daß er noch in dieser Session einen entsprechenden Antrag einbringen werde. Ein Antrag Savigny (Bzr.) auf Förderung der Wasserversorgung wurde an die Kommission verwiesen. Die Zentrumabgeordneten Maron und Simpp traten für Förderung des Rothweinhaupts ein; Porzig forderte Entlastung der Kreise, die unter Hochwasserbedenken gelitten haben.

Die Petitionskommission empfiehlt die Petition der Berliner Kreisrunde um Verstärkung der Strafbestrafung gegen schlechte Literatur- und Kunsterzeugnisse zur Verübung. Dagegen stimmt nur ein Nationalliberaler, die Freiheitlichen und Sozialdemokraten; aber mit Ausnahme der letzteren geben alle der Ansicht Ausdruck, daß die bestehenden Gesetze nicht genügen. Das indolente Verhalten der verbündeten Regierungen wurde von verschiedenen Seiten scharf gerügt.

Wie der „Vorwärts“ entschuldigen kann. Die Abstimmung des Abg. Frohne, der sein Stenogramm in wesentlichen Punkten änderte, läßt das sozialdemokratische Hauptorgan folgende Erklärung herstammla: „Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Herr Grüber vom Zentrum viel Aufhebens davon gemacht, daß Genosse Frohne eine These seiner Rede über die Entschädigung für unzulässig erklärte Unternehmungen vor der Prüfung im Stenogramm verändert hat. Es handelt sich bei dieser Stelle um ein offensaktes Versehen, was aus dem übrigen Inhalt der Frohneschen Ausschreibungen unzweckhaft hervorgeht. Soll denn übrigens ein „falscher Jungenschlag“ bloß das Privilegium preußischer Minister sein?“ Aber diese ändert nicht so ihr Stenogramm, daß es das gerade Gegenteil von dem besagt, was in der Sitzung ausgeführt worden ist, wie es der Abg. Frohne getan hat.

Der Fall Schippel. Nach einer Mitteilung in dem bayerischen sozialdemokratischen Hauptorgan „Münchener Post“ hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, ihren Vorstand zu beauftragen, den Fall Schippel zu untersuchen und darüber der Fraktion Bericht zu erstatten.

#### Nom.

Papst Pius X. in Gefahr zu erblinden? Die „Agenzia Libera“ in Rom meldet, daß der Papst Pius X. in großer Gefahr schwebt, seine Kraft einzubüßen. Kardinal Sarto habe sich im Konklave auch mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit lange geweigert, eine Wahl zum Papste anzunehmen. Die feuchte Luft in den Räumen des Palastes habe das Augenleiden verschärft. Dieser Tage wurde der Papst von den Spezialisten für Augenleiden Dr. Bucintelli und Dr. Scilingo untersucht. Die Ärzte rieten dem Papste dringend an, insbesondere in den Abendstunden sich jeder Vorsicht zu enthalten. Bisher haben die in letzter Zeit wiederholt aufgetauchten ungünstigen Befindungen über den Gesundheitszustand des Papstes das allgemeine Interesse erregt. Auch diese Sensationsmeldung soll vollständig aus der Lust gegriffen sein.

#### Serbien.

Gruitsch wurde wieder mit der Bildung des Kabinetts betraut. Man hat dem König Peter bei seiner Wahl eine Verfassung vorgezeichnet, die ihn zum Untergaben seiner Minister und die Minister zu Werkzeugen der Partei führt macht. Jeder einzelne Politiker glaubte, den serbischen Staat retten zu müssen, und so kam es, daß die Slavophilen Monate lang Sitzungen hielt, ohne etwas Neuerwertes geleistet zu haben. Die politischen Zustände Serbiens sind schlechter als früher. Nicht König Peter ist daran schuld, sondern die Serben selbst, die jeden Tag mehr zeigen, daß sie noch nicht auf der für die jegliche freiheitliche Verfassung nötigen kulturellen Stufe stehen. Alexander war energisch und streng, leider aber dabei gewissenlos und jeder Moral bar; Peter hat alle möglichen guten Charaktereigenschaften, er ist von dem besten Willen befreit, aber er ist durchsam, energiegelos, und das schreckliche Ende seines Vorgängers mag ihn auch verlassen, manchesmal auch, dort gute Wünsche zum bösen Spiel zu machen, wo ein unachtsames Vorgehen angezeigt wäre. Dann hindert ihn auch die jegliche Verfassung an einer freien Entfaltung seines Willens. Wie gut wäre jetzt ein Machtwort des Königs, jetzt, wo wieder der alte Streit zwischen den genüglichen und den extremen Radikalen zu entbrennen scheint. Es war ausgemacht, daß Nikola Paschitsch sich zurückziehe. Er hat es nur kurze Zeit über sich bringen können, sich ruhig zu verhalten. Er drängte sich immer wieder in den Vordergrund und nahm keinen Anstand, einem Interviewer offen zu sagen, daß er das Kabinett Gruitsch als einen überwundenen Standpunkt betrachte und daß es nur noch die Frage einer kurzen Spanne Zeit sei, bis er als Nachfolger des Generals Gruitsch das Präsidium des Ministeriums übernehme. Das Kabinett Gruitsch sollte nur noch, so meinte Paschitsch, sich damit abquälen, das Budget in der Kammer durchzubringen. Dann, wenn die Budgetvorlage genehmigt sei, werde er, Paschitsch, ein neues Kabinett bilden, die Krone sei schon damit einverstanden.

#### Deutsch-Südwestafrika.

Der Dampfer „Darmstadt“ ist im Swalopmund angelommen und es wurde sofort mit der Auschiffung der Truppen begonnen. Am 10. d. R. gingen bereits zwei Kompanien und Geschütze mit der Eisenbahn nach Windhoek ab. Von dort soll der Marsch zu Fuß weiter gehen. Diese Truppen werden nur das notwendigste Gerät mit sich führen. Andere Abteilungen sollen möglichst schnell nach den bedrohtesten Punkten folgen. — Dr. Paul Roebach, der Kaiserliche Ansiedlungs-Kommissar für Deutsch-Südwestafrika, welcher erst seit September vorigen Jahres im Auftrage der Regierung im Verein mit Oberst Leutwein in der Kolonie tätig ist, soll guten Vernehmen nach, sich unter den Vermüthen befinden. — Nach unten am 10. Februar in Berlin eingelaufenen Nachrichten aus Deutsch-Ostafrika und Kamerun herrscht in diesen Kolonien starke Säuerung unter den Einwohnern. Angesichts der wenigen dort vorhandenen Truppen und mangels an Eisenbahnen ist es noch nicht ausgeschlossen, daß Deutschland daraus in nächster Zeit gleichfalls Schwierigkeiten entstehen.

#### Sächsischer Landtag.

Dresden, den 11. Februar 1904

Die Debatte, die sich gestern in der zweiten Kammer hinsichtlich der Petitionen gegen das Bauunternehmungswesen entzündete, war gewiß eine der interessantesten, welche die gegenwärtige Landtagssession seither aufzuweisen hat. Sie war streng sozialpolitischer Natur und befaßte sich nicht nur mit dem in unsrer Zeit üppig wuchernden Bauwindel, sondern auch mit der traurigen Lage der Bauhandwerker, welche jener — wie ein Abgeordneter sich ausdrückte — „wohlorganisierten Räuberbande“ zum Opfer fallen und fand allseits teilnehmende Erwähnung. Obwohl es, wie aus den Ausführungen der einzelnen Redner, insbesondere des Justizministers, hervorging, nicht leicht sein wird, hier den so dringend erwünschten Wandel zu schaffen, so ist es doch ein allgemein gefühlter, brennender Wunsch, den alle Bevölkerungskreise teilen, daß es den Parlamenten im Vereine mit den Regierungen endlich doch gelingen möge, dieses besonders dem Bauhandwerker, der „Arbeit sucht, um nicht zu verhungern“, so verderbliche Unwesen zu beseitigen.

Die Debatte sei hier in kurzen Zügen wiedergegeben: Abg. Grumbt bezeichnet die Forderung, gegen das unsoliden Bauunternehmertum, den Bauwindel, vorzugehen, als berechtigt und bemerkt, daß schon verschiedene gesetzgebende Körperschaften sich mit der Frage beschäftigen, vor allem auch der deutsche Reichstag, doch sei dieselbe bis heute noch nicht gelöst. Der Grund in der Ausbreitung des Bauwindels liege auch darin, daß viel zu leichtfertig Baufonds gegeben und genommen werde. Es gibt zu, daß das Handwerk Bedürfnis nach Arbeit habe; dagegen führt er an, daß infolge des Bauwindels die Holzindustrie seit einem halben Jahre einen Schaden von 1½ Millionen Mark erlitten und das Handwerk binnen Jahresfrist einen solchen von fast derselben Höhe. — Abg. Enke hält die Klagen der Handwerker für berechtigt, und daß auf Abhilfe gedacht werden müsse, sei ebenso notwendig; auch habe man sich in dieser Hinsicht schon bemüht. Von den in der Petition gemachten Vorschlägen zur Abhilfe: 1. die Fortsetzung der Sicherstellung von 10 Proz. der Baumittel, 2. die weitere Forderung, Bücher zu führen, sowie 3. die Einsichtnahme über den Stand der Hypotheken, hält er die Forderung, Bücher zu führen, für ein Mittel, dem unsoliden Unternehmertum entgegenzuwirken. Die Ansicht, daß man Bauunternehmer nicht zur Führung kaufmännischer Bücher verhalten könnte, da sie unter die Kaufleute nicht zu rechnen seien, teilt er nicht. — Abg. Töpfer richtet an die Regierung die Bitte, die von den Abg. Grumbt und Enke geltend gemachten Gesichtspunkte, denen er sich anschließt, in Erwägung ziehen zu wollen. — Abg. Dr. Schill bemerkt, daß, wenn man nur die Augen ordentlich aufmache, man sich vor Schaden durch Bauwindler hüten könnte. Es möge nur jeder selbst an seine Brust schlagen, anstatt den Staat um Hilfe anzufragen. Wenn man irgend ein Mittel nennen würde, wodurch die Überwucherung der Bauspekulation beseitigt werden könnte, dann würde die Deputation gerne ihre volle Freude darüber aussprechen; so lange aber die Regierung besteht, unter allen Umständen Arbeit anzunehmen, werde es kaum möglich sein, diese Nebelstände zu beseitigen. Bücher nach Maßgabe der Handelsgegesetzgebung zu führen, das könne man wohl nicht von jedem Bauunternehmer verlangen. Was wäre ein Buch, das sich wohl auf das Bauobjekt bezieht, nicht aber Aufschluß über die Vermögenslage des Bauunternehmers gibt? Es sei dies auch eine Sache, die der Reichsgesetzgebung zukommt. Diese müßte das Handelsgesetz ändern, nötigenfalls einen Nachtrag zu demselben schaffen. Ein Zwang sei durch unsere Bautulargesetzgebung nicht herbeizuführen, und polizeiliche Ordnungsstrafen würden auch wenig Wert haben. Er halte es nicht für unbedeutlich, wenn man die Regierung vor eine Aufgabe stellt, die sie nicht erfüllen kann. So sehr er auch das Bauunternehmertum bekämpft, so sei er doch nicht dazu gelangt, den bisher gemachten Vorschlägen zugestimmen, weil sie nichts helfen. Es könne nur Abhilfe geschaffen werden durch die Vorsicht eines jeden. — Abg. Enke meint, bei Einführung der Buchführung werde man die unsoliden Unternehmer leichter erkennen. Diese können sich so geben und tragen hübsche Röte, daß die Handwerker zu ihnen Vertrauen fassen. Es gebe viele Handwerker, die sich Arbeit verschaffen müssen. (Zwischenruf: Um nicht zu verhungern!) Er glaubt, daß gerade durch den Zwang, Bücher führen zu müssen, doch ein Schritt zur Besserung geschehen würde. Von dem Verleihstatter sei den Bauhandwerkern der Vorwurf gemacht worden, daß diese die Augen nicht aufmachen. Die Leute aber, mit denen dieser zu tun hat, seien aber Kaufleute, die Bücher haben. Er bitte nochmals, trotzdem den zweiten Punkt der Petition in Erwägung zu ziehen, um zu wollen. — Abg. Dr. Stössel erwähnt Beispiele aus dem Leben der Bauhandwerker. Wenn der Bauhandwerker in der Bank, die für den Unternehmer das Geld gibt, sich um leichten erkundigt, dann werden ihm die beruhigendsten Versicherungen gegeben. Hier sei der

und anfang vom Nebel und gerade die Banken treffe die Haupthschuld. Wenn aber Bücher geführt werden mühten, dann mühte dies von dem Baugeldgeber geschehen, sonst hätte es keinen Zweck. Er ist der Meinung, daß aus der Mitte des Parlaments Vorschläge zur Besserung gemacht werden mühten. Es sei dann Pflicht der Regierung, diese Vorschläge eingehend zu prüfen — und das habe sie wahrscheinlich schon seit Jahren getan — und dann an den Entschluß zu geben: Wir wollen einmal abhelfen. Pflicht der Regierung sei es, hier Fürsorge zu treffen und einem großen Teile der Bevölkerung zum wenigsten mit einem Verschluß an die Seite zu treten. — Abg. Liebau spricht sich u. a. insbesondere über die Verwendung der Brandversicherungsgelder aus und Abg. Schulte, der sich über den Beratungspunkt in längeren Ausführungen ergeht, daß, wenn die Bauunternehmer gleich den Kaufleuten eingetragen würden, erst recht dem Schwindel Vorwurf gezeigt würde. — Abg. Enke stellt den Behauptungen des Abg. Dr. Stödel gegenüber fest, daß in Leipzig die Banken nicht an die Handwerker, sondern an den Bauunternehmer zahlen und erklärt auf Grund seiner in Leipzig gemachten Erfahrungen nochmals, daß er die Bücherführung durch die Bauunternehmer für nützlich halte. — Abg. Ulrich erklärt, die Bauhändler seien eine wohlorganisierte Räuberbande, die nur Gelder bis zu einer gewissen Höhe vergeben. — Justizminister Dr. Otto führt aus, daß die Reichsregierung schon Jahre lang die Frage in Erwägung gezogen habe und bereits zwei Entwürfe ausgearbeitet worden seien. Die Kritik habe beide Entwürfe zerstört, aber keinen für genügend befunden. Diese Aufgabe sei keine leicht erfüllbare. Er erinnert an einen schärferen Vorgang. Der preußische Justizminister habe fünf seiner Herren beauftragt, je einen Entwurf auszuarbeiten. Im preußischen Abgeordnetenhaus seien diese besprochen worden. Ein 6. Herr habe die Kritik übernommen und jeden dieser als vollkommen unbrauchbar hingestellt. Es sei kein leichtes Werk, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. Die Regierung hat es an Erörterungen über diese Frage niemals fehlen lassen, sie segt sie fort und wird sie fortführen. Es werde vielleicht noch eine Zeit dauern, ehe man zu einer gedeihlichen Lösung kommt. Die Frage, so versichert der Minister zum Schlusse, werde Gegenstand der eifrigsten Erwägung der Regierung bilden. Nach weiteren kurzen Erörterungen des Vizepräsidenten Dr. Schill sowie die Abg. Dr. Spieck und Enke erklärt der Rechtsanwalt Abg. Bleher in seinem Schlussschluß, daß, sowie dies bereits in der Deputation geschehen, auch auf allen Seiten des Hauses sitzt das Witigefühl mit den Bauhandwerkern zeige, welche das Opfer des unlösbaren Bauspekulantums seien. Dem Abg. Enke gegenüber erklärte Redner, ob auch er Geld verloren, aber an Leute, die Bücher führten. Dabei sei Betrug mit im Spiele und doch seien die Leute nicht zu fassen gewesen. Es gehöre ein guter Glaube dazu, durch die Buchführung der Bauspekulanten die Bauhandwerker vor Verlusten zu schützen. Er rät denselben nochmals, die Augen offen zu halten. Hierauf wird der Deputationsantrag einstimmig angenommen.

In der Sitzung der Ersten Kammer wurden in Übereinstimmung mit der Zweiten Kammer Kap. 107 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1904/05, Wartegelder betreffend, Titel 14 des außerordentlichen Staats, Verbesserung der Bahnhofsauslagen auf Bahnhof Pirna (Nachpostulat) betreffend, Titel 30 des außerordentlichen Staats, Umbau des Bahnhofs Schönfeld (zweite und letzte Rate) betreffend, sowie Titel 33, Bau einer schmalspurigen Nebenbahn von Wilsdruff über Zollhaus nach Rossen (Nachpostulat) betreffend, einstimmig angenommen.

#### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 11. Februar 1904.

\* In den Festräumen des Königl. Residenz-Schlosses fand gestern ein 2. Kammerball statt. Von der Königl. Familie wohnten denselben bei: Sr. Maj. der König, Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg und die Prinzessin Mathilde. Ferner nahmen Sr. Mgl. Hoheit des Herzog Heinrich von Wettinburg-Schwerin an dem Ballfeste teil. Die Verjämmerung der zahlreichen geladenen Gäste erfolgte von 1/2 9 Uhr ab im roten Salon, sowie im Studsaal und im großen Ballaal. Unter den Gästen befanden sich vom diplomatischen Corps die Herrn Gesandten Graf v. Dönhoff und Baron v. Wrangel, sowie v. Welts und Graf v. Montgelas mit Gemahlinnen, ferner die Herren Staatsminister v. Weizsäcker, Dr. v. Seidewitsch, Dr. Otto Müller und General der Infanterie Freiherr v. Hause mit ihren Damen und die Damen und Herren der Königl. und prinzl. Hoffstaaten. Weiter waren die Offizierscorps mit Damen, die Herren Vizepräsidenten der hohen ständischen Kammern, Oberbürgermeister Beutler und Geh. Justizrat Dr. Schill, sowie eine große Anzahl fremde und einheimische aristokratische Familien in der Gesellschaft vertreten. Die Hofballmusik hatte das Trompetencorps des Regt. 1. Feldart. Regt. Nr. 12 ausgeführt.

Nach den z. B. geöffneten Dispositionen wird der König vom 17. d. M. abends bis 20. Febr. in Leipzig verweilen und im Königl. Palais Wohnung nehmen; das bezüglich dieser Reise bereits früher aufgestellte Programm bleibt bestehen. Am Sonnabend jedoch, den 20. Februar, gedenkt der König vormittags einer Vorlesung des Professors Dr. Zimmer über „Babylonische Altertümer nach den Funden der letzten Jahre, insbesondere das Gesetz Hammurabis“ und mittags einer weiteren Vorlesung des Professors Dr. Otto Mayer über Staatsrecht im Augusteum beizuwohnen. Die Abreise Sr. Majestät von Leipzig wird in den frühen Nachmittagsstunden erfolgen.

\* Sr. Majestät der König unternahm heute einen Ausflug nach der Isel bei Pillnitz zur Jagd auf Fasanen. Nachmittags 5 Uhr findet beim König Tafel statt, an welcher Ihre Majestät die Königin-Witwe und Sr. Königl. Hochheit der Kronprinz mit den Damen und Herren der Umgebungen teilnehmen werden.

\* Sr. Majestät der König haben genehmigt, daß der in Sachsen staatsangehörige Fürst Hohenlohe-Dehringenische Oberstabsmeister Riedel in Ujest das ihm von Sr. Königl. Hochheit dem Großherzoge von Sachsen verliehene

Ritterkreuz 1. Abteilung des Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falke annehme und trage.

\* Der Rat der Königl. Haupt- und Residenzstadt Dresden erläßt mit 9. Februar 1904 folgenden Aufruf: Gest die ganze Stadt Aalesund in Norwegen, die von mehr als 12000 Menschen bewohnt war, ist ein Raub der Flammen geworden. Zahltausend und mehr Menschen sind obdachlos und haben all ihre Habe eingebüßt. Mit fatalem Freigebigkeit ist unseres Kaisers Majestät vorausgegangen in sofortiger Hilfeleistung und aller Orten regt sich das Mitgefühl. Aber noch vieler Hilfe wird es bedürfen, bevor die zerstörten Wohnstätten wieder aufgebaut sein werden, bevor die fleißigen Bewohner ihrem Erwerb nachgehen können; müssen doch viele Tausende zunächst durch fremde Gaben durch den nordischen Winter hindurch gerettet werden! — Und gleichzeitig rufen auch Brüder unseres eigenen Volkes um Hilfe, Deutsche, die hinausgezogen waren in die erste eigene Kolonie über dem Weltmeere, Deutsche Pioniere der Kultur in Südwestafrika! Viele sind hinterlüft von tierischen Wilden überfallen und leige ermordet worden, viele haben auf dem Felde der Ehre ihr Leben hingeben müssen für die Sicherheit der übrigen, wie viele werden noch fallen, ehe die tapferen Truppen die wilden Horden gebändigt haben werden? Auch hier gilt es, Tränen zu trocken, verbrannte und verwüstete Heimstätten aufzurichten, Witwen und Waisen zu unterstützen und für die Zukunft sicherzustellen. — Wir bitten daher alle, die zu jenem oder diesem Zwecke ein Scherstein beizutragen gedenken, ihre Spenden bei einer der Sammelstellen mit Bestimmung des Zweckes der Gaben niedergulegen. Die Verteilung gedenken wir für die Stadt Aalesund dem hiesigen Konsulat der Königreiche Schweden und Norwegen, für die vom Aufstande der Eingeborenen betroffenen Deutschen in Südwestafrika und ihre Hinterlassenen der Dresdner Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft zu überlassen.

Kloster Marienstein. Dem Müllermeister Franz Hauptmann, sowie den beiden Wirtschaftsvögten, sogenannten Hofmeistern Michael Noad und Jakob Peh, die auf eine 10jährige Dienstzeit bei der hiesigen Klosterherrschaft zurückblicken, wurde das Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit überreicht.

Adorf. Zwischen hier und Altenbach im Erzgebirge wurde heute früh ein etwa 10jähriger unbekannter Trafikdienstlaufer mit gerichtetem Schädel ermordet aufgefunden. Anscheinend liegt ein Raubmord vor. An der Nordstelle wurden 25 M. zerstreut aufgefunden. Da der Ermordete auch eines Rades entledigt war, nimmt man an, daß ein Kampf um das Geld stattgefunden hat. Der Mörder ist unbekannt. Die Untersuchung ist im Gang.

Warmsdorf. Der seit Anfang Januar nach Unterdrückung von Postamtsverordnungen und Hinterziehung von Wechselzulden flüchtig gewordene Posthilfsbeamte Rathen, welcher bei dem hiesigen Postamt bedient hat, hat sich am Sonnabend dem Kreisgericht in Leipzig selbst gestellt. Rathen hatte im Amts Unterrichtungen im Betrage von insgesamt 600 Kronen begangen und auch verschiedene Summen wertlose Wechsel gab.

Planitz. Auf dem hiesigen Heinrichshöch ist der 18jährige verheiratete Bergarbeiter Ranke durch hereinbrechende Steinmassen getötet worden.

#### Vereinsnachrichten.

S. Radebul. Sonntag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet Versammlung im Restaurant zu den Vielen statt. Herr Pfarrer Linke hat einen Vortrag zugesagt. Die geehrten Glaubensgenossen sind freundlich hierzu eingeladen.

S. Chemnitz. Sonntag, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet im Handwerker Vereinshaus eine Vertrauensmänner-Versammlung statt, wozu alle Herren Obmänner und Vertrauensmänner dringend eingeladen werden.

#### Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Weiche Umstände in letzter Stunde den Entschluß Japans gezeichneten, an die Gewalt der Waffen zu appellieren, vermag man heute noch nicht zu übersehen. Möglicherweise war es nur der von den unternehmenden Elementen im Staatsrat des Mikado nach langem Schwanken über die Friedenspartei errungene Sieg. Vielleicht auch die Erkenntnis, daß man sich vergeblich nach aktiver Beteiligung eines Dritten umgehen habe. Oder sollte gerade jetzt die vündige Zusage von Subsidien und Hilfe oder Rückendeckung in irgend einer Form erlangt worden sein? Sollte China sich zu einer Operation bereit erklärt haben, die einen Teil der russischen Macht von den Japanern abzöge? Einen gewissen Vorteil hat sich Japan immerhin noch gesichert. — den nämlich, daß einige der nach Ostasien bestimmten russischen Kriegsschiffe nach internationalen Abmachungen gezwungen sind, umzukehren, da sie ihren Stützpunkt nur soweit ergänzen dürfen, daß sie den nächsten heimatlichen Hafen erreichen können. Die Engländer üben freiwillig den Polizeidienst zur Überwachung dieser Vorschrift aus und werden vermutlich dafür sorgen, daß kein russisches Schiff im Mittelmeer oder in den indischen Gewässern holen nach Port Arthur oder Wladivostok für seine Gunst erhält.

Die englische Politik ist auch den Plänen der Japaner infothen entgegengelitten, als sie den Hafen von Wei-Hai-Wei den japanischen Kriegsschiffen eingeräumt und ihnen damit eine günstige Angriffsposition geschaffen hat. Augenscheinlich sind von dort die japanischen Kriegsschiffe ausgelaufen, die den Reigen mit einer erfolgreichen Unternehmung gegen die auf der Altheide von Port Arthur anlauende russische Flotte eröffneten. Das erste Treffen in der Nähe der russischen Kriegshäfen gibt Zeugnis von der Unternehmungslust und der Verwegtheit der Japaner.

Man erfreut sich in der Presse sehr, daß der japanische Angriff auf die russische Flotte vor Übergabe einer formellen Kriegserklärung erfolgt sei, und daß Japan sich damit gegen das Völkerrecht vergangen habe. Noch weiß man aber nicht, ob die Japaner nicht kurz vor der Eröffnung der Feindseligkeiten diese Form in irgend einer Weise erfüllt haben. Aber auch selbst wenn dies nicht geschehen

wäre, muß man sich doch erinnern, daß es keine festen Gesetze des Völkerrechts gibt und daß die schroffe Art der Übergabe des japanischen Gefandten in Petersburg einer Kriegserklärung sehr ähnlich steht. Die seltsame politische Lage, in der die europäisch-japanischen Truppen ohne Kriegserklärung kürzlich erst in China Krieg geführt haben, könnte vielleicht auch zur Entlastung der japanischen Regierung geltend gemacht werden. Die russischen Behörden hätten der Einleitung des chinesisch-japanischen Krieges 1894 gedachten können, wo japanische Kriegsschiffe ein chinesisches Transportgeschwader acht Tage vor der Kriegserklärung angegriffen und vernichtet.

Soviel sich die Ereignisse über das erste Treffen beurteilen lassen, sind diese sehr empfindlich für Aufklarung ausfallen. Die Japaner haben den Erfolg davongetragen, daß Port Arthur in Flammen stand, also auch wohl die mit riesigen Proviantmassen gefüllten russischen Kriegsmagazine; dann auch haben sie Montag nachts drei russische Kriegsschiffe völlig unbrauchbar gemacht; die beiden Panzerschiffe, indem sie dieselben, wie vor zehn Jahren die chinesischen Schiffe am Haluslufe, zwangen, auf den Strand zu laufen, den Kreuzer, indem sie ihn in den Grund bohrten. Über die Beschädigungen der Schiffe und ihre Lage zur Hafeneinfahrt meldeten wir gestern. Am Dienstag vormittag erfolgte der zweite Angriff der aus 15 Panzerschiffen bestehenden japanischen Flotte. Abermals wurden vier russischen Kriegsschiffen Beschädigungen beigebracht. Das Gesamtergebnis ist also die für die Russen wenig erfreuliche Tatsache, daß sieben russische Kriegsschiffe beschädigt und sechs verloren wurden. Jede Seemilitärität russischer Schiffe fällt aber schwer ins Gewicht, weil die Russen noch nicht über ausreichende und gesicherte Dokumente verfügen, in denen ihre Schiffe ausgebessert werden könnten. Auch der Hafen von Port Arthur schlägt nicht vor dem Feuer blockender Schiffe, wie wir gesehen haben.

Über Verluste der Japaner läßt man nichts. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß bloß die Russen solche erlitten haben sollten. Da aber der Gegner von keinen zu melden weiß, so haben die Japaner ihr gesamtes Material ohne Verlust aus den Gefechten zurückgebracht.

Wie aus London gemeldet wird, haben japanische Torpedoboote zwei russische Kriegsschiffe vor dem Hafen Tschingtau in den Grund geschossen. Die Offiziere und Mannschaften retteten sich auf den französischen Kreuzer „Parat“. Zu Letzterem ist ferner die Welling eingetroffen, daß 2 russische Postdampfer, 2 russische Kaufleute und 2 Dampfer der russischen Freiwilligen-Flotte weggenommen worden seien.

Vom Kriegsschauplatz wird weiter gemeldet, daß Japan die russischen Schiffe, die sich in Nagasaki zur Reparatur befinden, mit Besiegeln belegt hat.

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauten: Tokio, 9. Februar. Eine kaiserliche Verordnung vom 9. Februar über die Begnadigung russischer Handelsschiffe besteht davon diejenigen, die bis zum 16. Februar Japan verlassen, sowie alle die, die bis zu diesem Tage aus einem nichtjapanischen Hafen in direkter Fahrt nach Japan auslaufen, Japan nach Lodungsföhlung verlassen und die ihnen angewiesene Rückfahrt einhalten, vorangesezt, daß die Schiffe nicht verbogene Einfuhrgüter oder Kriegskontabande führen.

Port Arthur, 9. Februar. Einem Telegramm aus Wladivostok zufolge ist dort eine Minen in das Eis geschnitten worden, um dem aus den Kreuzern „Rufit“, „Gromoboi“, „Kossja“, „Bogatyr“ und dem Transportschiff „Lena“ bestehenden russischen Geschwader die Vereinigung mit dem in Port Arthur liegenden Geschwader zu ermöglichen. Die Schiffe nehmen ausreichenden Proviant mit, um einen Umweg einzuschlagen zu können.

London, 10. Februar. Das „Neutrale Bureau“ erhält, Japan sei nach seinem Vorschlag bezüglich der vom Staatssekretär der Vereinigten Staaten ergriffenen Initiative zur Sicherung der Neutralität Chinas zugegangen. Japan würde lebhaft, daß die Neutralität Chinas gesichert würde, indessen würde diese Neutralität sich schwer auf die Mandatsreihe ausdehnen lassen.

Petersburg, 10. Februar. Das große Publikum sieht allmählich den Ernst der Lage zu erkennen. Auch in den politischen Kreisen besteht sehr ernste Sorge vor. Die Männer sind besorgt, den Patriotismus anzufachen, sowie das Vertrauen auf Gott und die eigene Kraft zu stärken. Die „Kronje Wrenja“ weist darauf hin, daß die erlittenen Verluste nichts entscheiden und der Kampf zu Lande entschieden werden wird. Mit ihrem unerschöpflichen Übergewicht in Korea würden die Japaner wohl in der ersten Zeit die Russen zwingen, sich auf den Verteidigungskrieg zu befrüchten; sobald aber die russischen Streitkräfte in Korea und im Süden der Mandatsreihe vollständig zusammengezogen seien, beginne erst die Lösung. Schwer würden die Japaner für ihren verräderischen Überfall, der völlig dem asiatischen Charakter entspreche, büßen müssen. Aus allen russischen Kreisen kommen Meldungen über eine patriotische Bewegung, welche geeignet scheint, den radikalen Elementen, wenn sie etwa Waffe machen sollten, die Situation für ihre Zwecke auszunutzen. Enttäuschungen zu bereiten.

Petersburg, 10. Februar. Meldung der russischen Telegraphenagentur. Ein kaiserlicher Ura erließ den Statthalter Alexejew das Recht, im Gebiete Ostasiens die dort lebenden Chinesen und Untermilitärs der Reserve des Heeres und der Flotte zum aktiven Dienst einzuberufen und den Anlauf der zur Komplettierung der Einheiten der Statthalterherrschaft nötigen Werke von der Bevölkerung anzurufen. Nähere Weisungen werden der Kriegsminister und der Vizepräsident des Marineministeriums erhalten. — Ein Telegramm Alexejews an den Kriegsminister vom gestrigen Tage meldet, daß er auf Grund des Uras die Kundmachung der Mobilisierung der Truppen des ostibirischen Küstengebietes und des Amur-Beckens sowie der Insel Sachalin erlassen habe. Der erste Mobilisierungstag sei der 10. d. M. Alexejew telegraphierte vor einer dem Kriegsminister aus Port Arthur, daß in Ausführung des kaiserlichen Befehls die Festungen Port Arthur und Wladivostok und das längs der ostchinesischen Bahn entlegene Land als vom 10. d. M. im Kriegszustand befindlich er-



„Die Bücher werden Sie mir diese Nacht bringen. Was die Kapitalien anbelangt, so sind dieselben auf meinen Namen in einer mir bekannten Bank untergebracht. Der wäre schlau, der die Hand darauf legte!“

„Sie haben sich gut vorgesehen!“

„Das glaube ich auch. Meine Berechnungen haben sich bis jetzt alle als richtig erwiesen, und ich sehe den Folgen zuversichtlich entgegen.“

Nach dieser Verabredung entfernte sich Joine, um die Bücher und die gefährlichen Briefschaften fortzuschaffen. Des anderen Tages hegte er Herrn Johannes von der längeren Abwesenheit Cordovas in Kenntnis.

Diese Mitteilung war für den Anwalt keine Neuigkeit. Als er Frau Marescas tags vorher verlassen hatte, war er noch in das Dorf gegangen. Dort besaß Cordova keinen einzigen Freund. Im Gegenteil erbot sich jeder über das Tun und Treiben dessen, den man als Volksfeind betrachtete, nähere Auskunft zu geben. Auch hatte der Anwalt noch mit mehreren Polizei-Agenten gesprochen und sich ihnen als Bevollmächtigter der Regierung zu erkennen gegeben. Von ihnen erfuhr er die Rückkehr des Verwalters, seinen Aufenthalt in der Herberge und das Ein- und Vergehen Joines. Es war leicht, aus diesem Manöver eine Schlussfolgerung zu ziehen, welche denn auch mit der Nachricht des „Geschäftsführers“ übereinstimmte.

Herr Johannes ließ sich bei Frau Marescas melden, die ihn schmälig erwartete.

„Kunst?“ fragte sie, sobald sich die Tür hinter dem Anwalt geschlossen.

„Gnädige Frau, was ich mir dachte, ist eingetroffen. Cordova will die Geschichte hinziehen. Er hat mir durch seinen würdigen Vertreter sagen lassen, er sei auf längere Zeit zurückgehalten. Ich weiß aber, daß er sich im Dorfe, in der Herberge, aufhält.“

„Was werden Sie tun?“

„Ich weiß es noch nicht. Ich muß erst klarer sehen, um handeln zu können.“

So nahe am Ziele, wo sie glaubte, die Freiheit ihrer Rühen unverweilt plündern zu können, noch wieder hängen und hängen zu müssen . . . . Pepa wollte schier verzweifeln. Sie stand wahre Tortalugualen aus . . . Wie kounnen so viel Formalitäten nötig sein, um sie in den Besitz ihres Eigentums zu setzen?“

Immer aufs neue mußte Herr Johannes ihr Erklärungen geben. Sie begriff nicht.

„Da Sie doch die Vollmacht haben seitens der Regierung,“ wiederholte sie, „so lassen Sie sich die Bücher einhändig und übernehmen Sie die Geschäftsführung.“

„Das geht nicht in Abwesenheit des Verwalters.“

„Wenn er aber nicht wiederkommt?“

„Dazu werde ich ihn schon zwingen.“

„Wenn er jedoch Widerstand leistet und sich verborgen hält?“ . . .

„Damit allerdings, nachdem alle gesetzlichen Schritte getan sind, kann ich Gewalt anwenden, was gegenwärtig noch nicht ausängig ist. Um uns vor weiteren Misshelligkeiten zu schützen, muß erst der Widerstand Cordovas genügend bewiesen sein.“

„Und während die Zeit vergeht, können die Ergebnisse eine für uns ungünstige Wendung nehmen.“

Und er nahm ein anderes gestempeltes Papier. Der Geschäftsführer, oder vielmehr der Spießgeselle des schurkischen Cordova überlegte einen Augenblick. Es war doch am Ende nicht ratsam, auf seinen Verbündeten den Zorn der Regierung herabzuzeigen, die noch vor ihrem Sturz denselben empfindlich strafen könnte.

Verdrießlich gab er nach.

„Herr Cordova wird erfahren, daß ich mir der Gewalt gewichen bin.“

Dabei zog er sich zurück und ließ Frau Marescas eintreten.

Pepa, noch immer auf Luisettes Arm gelebt, begab sich in ihre Zimmer. Hier lag alles wild durcheinander, die meisten kostbaren Möbel waren verschwunden; fann fand sich ein Tessel, in dem sich die unglückliche Frau niedergelassen hatte. Luisette bat Herrn Johannes, einige der alten Diener, deren Namen sie nannte, herbeizurufen.

Herr Johannes brauchte zu diesem Zweck nicht weit zu gehen, denn Garcillas hatte, gleich nachdem er das Gepäck abgeladen, die Stallungen aufgesucht und dorthin die Kunde von der Ankunft der Gebieterin gebracht, welche sich sofort im ganzen Hause verbreitete.

Herr und Frau Marescas wurden geachtet und geliebt von ihren Untergebenen, welche unter der rauhen Herrschaft Cordovas viel auszufohlen gehabt hatten. Sie verachteten letzteren außerdem wegen seiner betrügerischen Machenschaften, deren Zeugen sie seit langem waren.

Mit der Wiederkehr Frau Marescas, hofften sie, würde alles wieder werden wie ehedem, und sie versammelten sich im Haussaal, um die gute Herrin baldigst zu begrüßen.

Dort fand sie den Anwalt.

Sie bezogenen erfurchtswoll ihre Freude, Frau Marescas wiederzusehen, aber ihr Erstaunen, daß sie die Reise allein unter so schwierigen Verhältnissen unternommen.

Pepa gab freundliche Auskunft, fragte dann ihrerseits und erfuhr ganz erstaunliche Dinge.

Herr Johannes war bei dieser Unterredung zugegen und hörte acht Samm, wiewohl er sich äußerlich sehr gleichgültig verhielt. Während er sich den Antheim gab, in seinen Papieren zu suchen, machte er sich insgeheim Notizen. Als Frau Marescas einige Befehle gegeben und die Dienerschaft entlassen hatte, blieb der Anwalt noch bei ihr.

„Gnädige Frau,“ sagte er, „ich möchte Ihnen noch einmal wiederholen, was man Ihnen schon geraten hat: bleiben Sie niemals allein. Wenn die Kammerfrau Sie zeitweilig verlassen muß, so lassen Sie einen Diener, dem Sie vertrauen können, in Ihrer Nähe weilen.“

„Was befürchten Sie denn?“ fragte Pepa.

„Alles! Der Mensch, welcher uns empfangen hat, sieht aus wie ein Bandit; er ist im Solde Cordovas und wird vor seinem Verbrechen zurückkehren, wenn es gilt, seinem Auftraggeber die Freiheit des Verrates zu sichern.“

„Sie meinen doch nicht, er würde mich töten?“ schrie Pepa nun wirklich bestürzt, denn sie dachte an den Gatten und die Kinder, denen sie nicht fehlen durfte.

„Ne, sage das nicht, um Sie zu ängstigen,“ erwiderte Herr Johannes, „ich wache ja auch über Sie. Aber die Lage, in welcher Sie sich befinden,

ist eine so außergewöhnliche, daß sie die umfassendste Vorsicht erheischt. Ich werde mir jetzt ein Zimmer geben lassen, indem ich mich auf mein Mandat berufe. — die Elenden sollen wissen, daß Sie unter dem Schutz der Regierung stehen, und daß ich eigens dazu hier bin, den Befehlen des Gouverneurs Achtung zu verschaffen."

"Ach Gott!" fragte Pepa, immer von dem einen Gedanken gequält, "wie lange wird dieses alles dauern?"

"Wir werden so schnell machen, als möglich. Ich habe Eile, dies Gesindel zu überführen und Ihnen Gerechtigkeit zu verschaffen. Doch müssen wir gesetzmäßig vorgehen und dürfen keinen unüberlegten Schritt tun.

"Diese Verzögerungen sind eine Qual!"

"Morgen wird Cordova zurück sein. Wir wollen hoffen, daß er sich dem Wahlspruch fügt."

Luisette trat wieder ein und der Anwalt empfahl sich.

Fran Marescat war übermüdet; sie nahm ein wenig Speise zu sich und legte sich nieder in der festen Zuversicht, daß der nächste Tag alles in Richtigkeit bringen würde. Sie hätte wohl kein Auge zugetan, wenn sie Zeugin der Unterredung gewesen wäre, die wenige Schritte von ihr zwischen Cordova und seinem Helfershelfer stattfand.

Sobald der letztere nämlich Frau Marescat in ihren Zimmern ver schwanden sah, hatte er seine Schreibstube fest verschlossen und war dem Verwalter entgegengeschritten, welcher jeden Augenblick eintreffen mußte. Am Eingange des Dorfes stieß er mit ihm zusammen. Hier auf freiem Feld konnte niemand sie belauschen.

"Frau Marescat ist soeben eingetroffen," stieß er ohne weitere Einleitung hervor. Cordova schaute zusammen. In seinen Pupillen blitze es raubtierartig auf.

"Allein?"

"Allein nicht, wenn auch ohne Gemahlt." antwortete der Unter verwalter José.

"Erklären Sie sich besser!"

"Nun, sie kommt in Begleitung irgend eines Gerichtsmenschen, der ein regelrecht ausgestelltes Mandat zu besitzen scheint, unterzeichnet von dem Subjekt, das sich noch Gouverneur von San Louis nennt."

"Und das er wohl nicht lange mehr bleiben wird. . . . Aber Sie taten gut daran, mich zu benachrichtigen. Wie die Dinge liegen, müssen wir Zeit gewinnen."

"So dachte ich auch."

"Vor Ihnen nehme ich sein Blatt vor den Mund. Wenn ich Sie in meine Karten sehen lasse, so isto, weil Sie teilhaben sollen an meinem Gewinn und deshalb allen Grund haben, meinen Vorteil wahrzunehmen."

"Nun, ich meine, daß ich das mit Eifer befrage."

"Ja, und mit Klugheit; ich will das anerkennen."

"Wie weit sind wir denn eigentlich?

Hente gibts nicht viel neues. Der Vote, welcher uns Nachricht bringen sollte über den geplanten Angriff auf den alten Präsidenten und seine Truppen, ist noch nicht zurückgeschickt; ein anderer, welcher den Fortschritt unserer Parteidynamik in mehreren Dörfern jenseits San Louis zu er-

mitteln beauftragt war, behauptet, der General habe sich ohne Kampf zurück gezogen. Das wäre eine angenehme Neuigkeit, wenn sie sich bestätigte."

"Um! scheint mir unglaublich!"

"Darum ist Vorsicht am Platze. Wenn es aber wahr wäre. . . ."

"Nun, was dann?"

"Dann dürfte ich die Maske abwerfen. Habe ich doch das von der Zentralleitung in Buenos-Aires unterzeichnete Dokument, das mir in Anerkennung meiner vor trefflichen Dienste sämtliche Güter Herrn Marescats überweist, in der Tasche. Ich könnte dann diesen Beifigtitel veröffentlichen und dieses Weib eines gesetzlich verurteilten Rebellen vor die Türe setzen. Singe sie nicht gutwillig, so könne sie mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen."

"Ja, ja, zu alledem ist die Genehmigung des Gouverneurs von San Louis erforderlich."

"Natürlich! Aber wenn der General besiegt ist, so wird binnen acht Tagen einer der Unstrigen Gouverneur."

"Ist nicht sicher. . . . In San Louis ist die Strömung gegen uns."

"Das schon; aber vollendete Tatjachen haben eine unwiderrückliche Macht, und im Falle wir Sieger bleiben, haben wir den Widerstand leicht überwunden. Wenigstens dürfte er nicht mehr offen hervortreten."

"Er bliebe dennoch gefährlich."

"Für die Zukunft, das mag sein. Uns liegt ja nur an der Gegenwart, bis wir unsre Pläne ausgeführt. Doch so weit sind wir noch nicht, und ich darf nicht offen handeln, wie ich möchte!"

"Was beschließen Sie denn?"

"Ich will darüber nachdenken. Kommen Sie mit mir."

Die zwei Männer schritten auf die erste, ein wenig abseits liegende Behausung zu, wo sie sicher waren, ihren Meinungs austausch ungestört fortsetzen zu können. Es war eine kleine Herberge, deren Besitzer eine der Kreaturen des ungetreuen Verwalters war.

Cordova galt als geheimer Anführer der revolutionären Partei in der Provinz San Louis. In eben diesem Wirtshause pflegte er seine Zusammenkünfte zu halten; hier übernachteten seine Berichterstatter und Agenten. Dem Gouverneur war diese Tatjache nicht unbekannt, und er hatte die Polizei angewiesen, das verdächtige Lokal scharf zu überwachen. Schon mehr als ein finsterner Plan war an dieser Maßregel gescheitert. Cordova hatte sich in dem entlegensten Teile des Hauses ein Zimmer vorbehalten, wo er oft mals die Nachtfelder unsauberer Geschäfte wegen zubrachte.

Darin ging es jetzt mit José!

Nach einer langen Unterredung schloß er:

"Also so wollen wir es machen. Da wir Zeit gewinnen müssen, werde ich hier bleiben und erst dann wieder zum Vorscheln kommen, wenn ich als Gebieter auftreten kann. Sagen Sie Frau Marescat, ich hätte einen Eilboten gesandt mit der Nachricht, daß ich auf unbestimmte Zeit zurückgehalten würde. Wohl oder übel muß sie dann auf Rechnungsablage warten."

"Und wenn dieser gewisse Johannes ihr raten sollte, vorzugehen, und wenn derjelbe Kraft seines Auftrages die Bücher und die flüssigen Gelder mit Beschlag belegt?"